

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgebung

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände im Sächsischen Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfach Nr. 1521. Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandskasse Bischofswerda, Konto Nr. 64

Ergebnis: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20. beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 30 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Jahrespreis: Zwei bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaltige Zeile 10 Pfg., breite Anzeigen 8 Pfg. Am Tag der 90 mm breite Zeile 20 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen teils Gewehr. — Erfüllungsort: Bischofswerda.

Nr. 216

Sonntag, den 15. September 1929.

84. Jahrgang

Tageschau.

* Zur Reform der Arbeitslosenversicherung erzählt das Nachrichtenbüro des DDZ, daß in den Verhandlungen der Reichsregierung mit der preussischen Staatsregierung eine Verständigung erzielt worden ist, die in gemeinsamen Vorschlägen an den Reichsrat ihren Ausdruck finden soll.

* Der Deutsche Richtertag in Köln befaßt in einer Entschließung die Notwendigkeit einer grundlegenden Justizreform in Deutschland.

* Vor seiner Abreise aus Genf hatte der englische Ministerpräsident Macdonald eine Unterredung mit dem Chefredakteur des Petit Parisien über die Einstellung Englands zu Frankreich. Er sprach sich gegen die bisherige Politik der Allianz aus und betonte, daß England gewillt sei, seine Außenpolitik künftig unabhängig von den bisherigen Bindungen zu führen.

Die englisch-amerikanischen Verhandlungen in der Frage der Seeabrüstung haben zu einer Verständigung auf der Grundlage geführt, daß die Beschränkung der Rüstung nach Schiffsklassen erfolgen müsse. Die Einigung kann nunmehr als vollzogen betrachtet werden.

* Die Dynamitfabrik Föde, ein Zweigunternehmen der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffwerke, ist infolge der Explosion eines Nitroglycerinbehälters in die Luft geflogen. Fünf Personen sind getötet.

* Infolge der Explosion eines Benzinlagers stürzte in Parma ein Haus ein. 12 Personen wurden getötet und 15 verletzt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Macdonalds neue Offensive.

Die Ausführungen des englischen Ministerpräsidenten Macdonald gegenüber einem französischen Pressevertreter über die künftigen englisch-französischen Beziehungen sind geeignet, in der ganzen Welt, nicht nur in Frankreich, das größte Aufsehen zu erregen. Macdonald hat sich mit einer Schärfe von der bisherigen Politik der konservativen Regierungen nach Lord Curzon's Tode abgewandt, die nicht mehr überboten werden kann. Wenn man in Frankreich geglaubt hatte, daß Snowdon mit seinem Auftreten im Haag nicht die Billigung des englischen Premierministers gefunden hat, dann ist man durch Macdonalds neueste Willensäußerung eines Besseren belehrt worden, und es ist sicher kein Zufall, daß sich der Leiter der englischen Politik den französischen Journalisten just in dem Augenblick zum Interview bestellt hat, als es feststand, daß er endgültig am 28. September nach Washington reist, um dort mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover die geplante Flottenrüstungsvereinbarung unter Dach und Fach zu bringen.

Wiederum hat der Führer der Arbeiterregierung zur Begründung für die offensichtliche Loslösung Englands von Frankreich die Tatsache angeführt, daß die öffentliche Meinung seines Landes die frühere Politik nicht gebilligt habe, weil sie eine Politik der Unterordnung Englands unter Frankreich, nicht aber eine Zusammenarbeit gewesen sei. Als Pfaster für die französische Öffentlichkeit ist dann der Zusatz zu werten, daß England nicht seine Meinung gegenüber Frankreich, sondern nur die Methoden der Politik ändern wolle. Mit besonderer Schärfe erklärte dann Macdonald, daß die Voraussetzungen, die vor dem Kriege zu der englisch-französischen Entente geführt hätten, heute schlechterdings nicht mehr vorhanden seien. Schon in Genf hatte Macdonald davon gesprochen, daß ein neuer Geist in die Politik einzutreten müsse. Jetzt hat er diesen Gedanken dahin ausgeführt, daß gemäß dem Nachkriegsgeist wir unter neuen Bedingungen denken müßten und daß wir auch die Sprache der neuen Zeit und den neuen Ideen anpassen müßten. England werde niemals ein Bündnis eingehen, das gegen einen anderen Staat gerichtet sei.

Gleichzeitig läßt die Mitteilung durch die Deffentlichkeit, Macdonald habe den englischen Völkerbundsexperten, Lord Robert Cecil angewiesen, auf eine energische Beschleunigung der Landabrüstungsarbeiten zu drängen. Bekanntlich hatte die konservative Regierung mit Frankreich in dem berüchtigten „Flottenabrüstungsabkommen“ ein politisches Geschäft gemacht, bei dem Frankreich die Zusicherung erhalten hatte, daß die ausgedehnten Reserven und das lagernde Kriegsmaterial bei der vergleichenden Aufrechnung der Rüstungsstärken nicht in Betracht gezogen werden sollen. Wie es scheint, will die Arbeiterregierung dieses Zugeständnis rückgängig machen. Hierdurch würde in der Abrüstungskonferenz eine ganz neue Lage geschaffen werden. Zweifellos würde sich Frankreich mit Händen und Füßen dagegen wehren. Es wird von der Festigkeit der englischen Außenpolitik abhängen, ob es in diesem Punkt in der näch-

sten Zeit zu einem Fortschritt der Abrüstungsverhandlungen kommt. Für Deutschland ist durch die Erklärungen Macdonalds eine neue Lage geschaffen worden, die eine erhöhte Aufmerksamkeit erfordert.

Das Kompromiß in der Frage der Arbeitslosenversicherung.

Ueber die wesentlichen Punkte der zwischen dem Reich und Preußen geschaffenen Verständigungsgrundlage für eine Reform der Arbeitslosenversicherung verläutet folgendes:

Für denjenigen Teil des Saisongewerbes, der besonders hohe Löhne zahlt, wird, wie gemeldet, eine Beitragserhöhung auf insgesamt 4,5 Proz. (Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 2 1/4 Proz.) vorgeschlagen. Für die alleinstehenden Arbeitnehmer unter 45 Jahren und ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen treten erst nach 52 Wochen Unwertschaft die vollen Unterstützungsbezüge in Kraft. Die Wartezeit soll gleichfalls etwas verlängert werden.

Die Erhöhung der Saisonarbeiterbeiträge soll rund 20 Millionen Mark bringen.

Mit der allgemeinen Beitragserhöhung von 4 1/2 Proz. wird der Ertrag auf 249 Millionen Mark berechnet, so daß noch ein ungedeckter Fehlbetrag von rund 30 Millionen Mark bleibt, da der Gesamtbedarf auf 279 Millionen Mark geschätzt worden ist. Dieser Fehlbetrag wird aber durch die noch nicht berücksichtigte Beseitigung von Mißständen und Mißbräuchen gedeckt werden, deren finanzielle Auswirkung bisher immer auf 30-50 Millionen Mark geschätzt worden ist.

Das Kompromiß übertrifft die schärfsten Befürchtungen. Alle Reformwünsche, die zu einer rationelleren Gestaltung der Arbeitslosenversicherung führen sollten, sind unter den Tisch gefallen. Es bleibt also im wesentlichen alles beim alten, die Mehrbelastung der Versicherten und der Wirtschaft wird Tatsache, der sozialdemokratische Standpunkt hat auf der ganzen Linie gesiegt.

Noch ist es nicht ganz so weit. Denn es bleibt abzuwarten, was die übrigen Länder dazu sagen und welche Stellung der Reichstag einnimmt. Die volksparteilichen Reichsminister haben sich zweifellos gegen dieses „Kompromiß“ ausgesprochen, die gesamte volksparteiliche Reichstagsfraktion wird, wie wir versichern können, dagegen stimmen, aber man ist in volksparteilichen Kreisen offenbar nicht geneigt, es aus diesem Anlaß zum innenpolitischen Krach kommen zu lassen. Man wird also abwarten, ob sich für dieses Kompromiß eine Mehrheit im Reichstag findet, eine Mehrheit, die im wesentlichen aus den Parteien der Weimarer Koalition bestehen würde. Sollte dies das Ergebnis der monatelangen Verhandlungen sein, dann könnte man nur von einer schweren Niederlage der bürgerlichen Regierungsparteien sprechen.

Die Bauernführer antworten.

Berlin, 13. Sept. Die Bauernführer Brandes, Fehr, Hermes und Schiele geben als Antwort auf die Entgegnung des Reichsernährungsministers, die die Eingabe vom 8. September behandelt, eine gemeinsame Erklärung ab. Sie kritisieren zunächst die Form der Erwidierungen. Der Minister sei nicht auf die vorgeschlagenen neuen, sofort wirksamen Maßnahmen zur Entlastung des Roggenmarktes eingegangen. Insbesondere fehle jede Stellungnahme zur Kernfrage, der Erhöhung der Futtergetreidepreise. Hinsichtlich des Vermarktungszwanges wird darauf hingewiesen, daß der Minister verpflichtet sei, die Säge zu ändern, wenn die Entwicklung des Getreide- oder Brotpreises es erfordere. Dieser zwingenden Vorschrift liege keineswegs die Voraussetzung zugrunde, daß zunächst der Ausfall der Inlandsernte zu überlegen sein müsse. Der Auffassung, daß die bisherige Entwicklung des Weizenpreises eine Erhöhung der Ausmarktungsquote nicht rechtfertigen könne, wird nachdrücklich widersprochen. Hinsichtlich der vierzigprozentigen Ausmarktung sei es richtig, daß das Gesetz die Quote für den einzelnen Monat nicht vorschreibe, es schreibe sie aber auch nicht aus. Sinn und Zweck des Gesetzes sei, wie dies in den Ausschlußberatungen des Reichsrates ohne Widerspruch der Regierung eindeutig zum Ausdruck gekommen sei, die Nachfrage der inländischen Mühlen möglichst bald nach der Ernte bauernd auf den deutschen Weizen zu lenken. Die Forderung auf Ausnutzung aller im Gesetz gegebenen Möglichkeiten wird wiederholt und namentlich eine straffe Durchführung der Kontrolle verlangt.

Die Darstellung des Ministers, die Landwirtschaft hätte ein Kapital von 35 Millionen für Zwecke der Kartoffelwirt-

schaft gefordert, wird als insofern unzutreffend bezeichnet, als eine Jahresquote von 7 Millionen gefordert worden sei. Wenn die Schutzpanne für Mais heute erheblich höher sei als in der Vorkriegszeit, so habe der jetzt bestehende Maiszoll keineswegs ausgereicht, so seien noch im ersten Halbjahr 1929 über 200 000 Doppelzentner Mais eingeführt worden. Im übrigen werde die Erhöhung der Schutzpanne nur als Uebergangsmassnahme zu dem Zeitpunkt betrachtet, da nach Fortfall der mit Schweden bestehenden Bindungen mit Gerste die Erhöhung des Braugerstezolls möglich werde.

Hinsichtlich der jährlichen Gesamtbeschaffung des deutschen Marktes mit dänischem Vieh bestehe entgegen der amtlichen Darstellung bisher auch nicht das geringste Zugeständnis von dänischer Seite. Die Verhandlungen mit Finnland werden ungünstig beurteilt, eine Fortsetzung der Verhandlungen nur als ungerechtfertigte Verschleppung des Inkrafttretens der für die deutsche Milchwirtschaft so nötigen Schutzmaßnahmen angesehen.

30 Millionen neue Kredite für die ländliche Siedlung.

Berlin, 13. Sept. Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbankkreditanstalt hat in seiner heutigen Sitzung den Vorschlag des Vorstandes, eigene Mittel der Bank für die ländliche Siedlung herzugeben, einstimmig angenommen. Der Beschluß geht dahin, sofort zehn Millionen Mark für Zwischenkredite bereitzustellen. Für jedes der beiden folgenden Geschäftsjahre ist die Hergabe der gleichen Summe in Aussicht genommen.

Forderungen des Einzelhandels.

Berlin, 13. Sept. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hatte heute nachmittag zu einer Pressekonferenz einberufen. Der Geschäftsführer der Hauptgemeinschaft Dr. Tiburtius forderte, daß zur Senkung der Reallohnern an Händler und Gemeinden aus den Ersparnissen des Youngplans höhere Ueberweisungen erfolgen müßten. Bei der Einkommensteuer sei eine Verminderung der Spannen zwischen mittleren und niederen Einkommen zu erstreben, eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums aber sei auf keinen Fall wünschenswert. Der Einzelhandel wünsche keine Sondergesetzgebung für sich und betreibe bei der Neuregelung der Gewerbeordnung eine Verschärfung der Wander- und Straßenhandelsbestimmungen.

Abg. Dr. Zeitlin sprach über Kreditverhältnisse und betonte, die Notwendigkeit einer Kreditgewährung im Einzelhandel sei heute stärker als vor dem Kriege, ihr sie aber verringerte Möglichkeit der Kreditaufnahme gegenüber. Ueber Mieterschutz für Ladeninhaber sprach Rechtsanwalt Dr. Auersbach und stellte dabei eine Reihe Forderungen zur Reform des Mietengesetzes auf.

Die Unternehmung der Bombenattentate. Drei Nationalsozialisten wieder freigelassen.

Hamburg, 14. Sept. Gestern nachmittag wurden die Nationalsozialisten Redakteur Willi Ehlers von der Schleswig-holsteinischen Tageszeitung, Gaugeschäftsführer der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Brix und der Kaufmann Bentsch aus Iphoe vom Altonaer Polizeipräsidium wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Hauptstrichleiter Uhlke wurde in Haft behalten, da die Sichtung der ihm gehörigen beschlagnahmten Schriftstücke noch nicht abgeschlossen ist.

Berlin, 13. Sept. Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt, der heute vormittag in Berlin eintraf, hat dem Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß er zur Vernehmung zur Verfügung stehe. Der Leiter der Politischen Polizei Ullrich Kapitän Ehrhardt mitteilen, daß zunächst eine Vernehmung nicht in Frage käme.

Deutscher Richtertag.

Köln, 13. September. Im Großen Saale des Kongreßgebäudes fand heute vormittag die große Festlichungsfeier statt, die den Auftakt zu den Beratungen des 8. Deutschen Richtertages bildet. Senatspräsident Dr. Reichert vom Reichsgericht in Leipzig betonte in seinen Begrüßungsworten, der Richtertag habe in den letzten zehn Jahren etwas wenig Platz an der Sonne gehabt. Gegenüber der Kritik könne man Ruhe und Gelassenheit im Richterstande feststellen. In diesem Rahmen hätten sich auch die Verhandlungen des 8. Deutschen Richtertages zu bewegen. Sogar begrüßte Dr. Reichert zum ersten Male auf einem deutschen Richtertage den Reichsjustizminister von Guérard, ferner u. a. den preu-